

INFOBRIEF

Familienbund der Katholiken im Erzbistum Berlin

Ausgabe Nr. 8
Februar 2015



Wir jammern nicht, wir klagen!

Familienbund und DFV starten Widerspruchsaktion

Ein 2001 verkündetes wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung bleibt auch nach 14 Jahren ohne politische Konsequenz. Familien werden in den Beiträgen zur Sozialversicherung verfassungswidrig belastet, indem neben ihren Geldbeiträgen der gleichwertige Erziehungsbeitrag noch immer nicht berücksichtigt wird. Um das nicht länger hinzunehmen, starten der Deutsche Familienverband (DFV) und der Familienbund der Katholiken (FDK) die gemeinsame Kampagne „Wir jammern nicht – wir klagen!“. Die beiden größten Familienverbände Deutschlands setzen sich auf diesem Weg aktiv für eine verfassungstreue Beitragsgestaltung in den Sozialversicherungen ein.



„Familien zahlen doppelt in die Gesetzliche Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung ein – generativ durch die Erziehung ihrer Kinder und finanziell durch Geldbeiträge. Das werden wir nicht länger hinnehmen!“, sagt FDK-Präsident Stefan Becker. „Mit unserer Kampagne machen wir mobil gegen politische Ignoranz und verhelfen Familien zu mehr Gerechtigkeit!“ DFV-Präsident Dr. Klaus Zeh kritisiert: „Es ist dringend erforderlich, Familien – wie im Steuerrecht – auch in den Beiträgen zur Sozialversicherung zu entlasten. Steuerentlastungen allein schaffen keine Familiengerechtigkeit. Eine verfassungsgemäße Neugestaltung setzt Kinderfreibeträge in der Beitragsgestaltung voraus.“

Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgeber 2001 aufgefordert, den generativen Beitrag von Eltern anzuerkennen und die bestehende Benachteiligung von erziehenden Versicherten auszuräumen. Es gebot dem Gesetzgeber, auch die anderen Zweige der Sozialversicherung auf Familiengerechtigkeit zu überprüfen. Das ist bis heute nicht geschehen. „Bei dem ab 2015 aufzubauenden kapitalgedeckten Vorsorgefonds wird stattdessen die Kindererziehung als generativer Beitrag erneut ignoriert. Das ist ein Skandal!“, betont Zeh. Und auch der unwesentlich höhere Beitrag für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung entlastet nicht wie geboten die Familien, sondern soll künftige Beitragsanhebungen abfedern.

Die Kampagne „Wir jammern nicht – wir klagen!“ mobilisiert Familien, sich gegen zu viel erhobene Beiträge zu wehren. Eltern sind aufgefordert, bei ihrer Krankenkasse Widerspruch gegen die Beitragshöhe in der Gesetzlichen Pflege-, Renten- und Krankenversicherung einzulegen. Der Familienbund der Katholiken und der Deutsche Familienverband unterstützen die Aktion mit juristisch geprüften Muster-Einsprüchen und Muster-Klagen. Derzeit stehen drei Musterklagen vor dem Bundessozialgericht.

[Hier geht es direkt zur Aktion Elternklagen.](#)



Stellungnahme zum Koalitionsvertrag

Seit gut 100 Tagen arbeitet die neue brandenburgische Landesregierung. Der Familienbund gab Anfang des Jahres eine Stellungnahme zum Koalitionsvertrag ab.

Auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages hat der Familienbund mit einer Stellungnahme reagiert.

So wird im Bereich der Kindertagesbetreuung begrüßt, dass der Personalschlüssel angehoben werden soll. Allerdings geht die angestrebte Verbesserung nicht weit genug. Der Familienbund unterstreicht seine Forderung nach kleineren Gruppen, in denen eine Fachkraft höchstens vier Kinder unter drei Jahren betreut.

Der Familienbund bietet seine Unterstützung auch bei der Weiterentwicklung des familienpolitischen Programms der Landesregierung an. Allerdings müssen die Maßnahmen des bisherigen Programms evaluiert werden. Zugleich ist die Praxis der Familienberichtserstattung wieder aufzunehmen. Gerne bringt der Familienbund hier seine Erfahrungen entsprechend ein.

Weitere angesprochene Punkte sind der Bereich der Familienbildung, der Umgang mit Familienarmut und das Rentenrecht.

Der Koalitionsvertrag enthält hoffnungsvolle familienpolitische Ansätze, die aber weitgehend noch der politischen Konkretisierung bedürfen. Mit seiner Stellungnahme will der Familienbund einerseits zu einer Konkretisierung beitragen. Zugleich macht er das Angebot zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Die gesamte Stellungnahme finden Sie hier.



Umfrage Familiensynode

Vom 4. bis 25. Oktober 2015 wird die vatikanische Synode zum Themenfeld Familie stattfinden, die konkrete Leitlinien für die Pastoral der Familien erarbeiten will.

Hierzu liegen 46 Fragen in der offiziellen Übersetzung des Vatikans vor, die nicht leicht verständlich sind.

Die Fragen richten sich an Einzelpersonen sowie an Multiplikatoren in Gemeinden, Gremien und Verbänden. Grundlage der Fragen ist der 62 Absätze umfassende Abschlussbericht (Relatio Synodi) der letzten außerordentlichen Bischofssynode, die im Oktober 2014 tagte.

Beide Dokumente, den Abschlussbericht wie die Fragen finden Sie im Internet unter <http://www.dbk.de/themen/bischofssynode/>

Sie haben die Möglichkeit, die für sie relevanten Fragen noch bis zum 13. März 2015 zu beantworten.

Schicken Sie Ihre Einschätzungen an:

*Erzbischöfliches Ordinariat
Dezernat Seelsorge
Niederwallstr. 8-9, 10117 Berlin*

Sie haben auch die Möglichkeit, den **kompletten Fragebogen online zu beantworten bzw. die Fragen, die für Sie relevant sind:**

[Zur Online-Umfrage](#)

Der Familienbund im Erzbistum Köln hat eine **gekürzte Fassung der Fragen** veröffentlicht. Wenn Sie am Ende "Erzbistum Berlin" eintragen, erhalten wir Ihre Antworten zur Auswertung zugeschickt:

[Zu ausgewählten Fragen](#)

Die Ergebnisse werden gebündelt und an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz weitergeleitet. Dort werden die Ergebnisse aus allen Diözesen gesichtet und ausgewertet. Das dabei entstandene Dokument wird zum 15. April 2015 an das Synodensekretariat nach Rom geschickt.

Diese **Zusammenstellung der Berliner Ergebnisse finden Sie ab Ende März** auf der Homepage des Erzbistums Berlin.



Kurz & Knapp



Zuschuss für Familienferienreisen

Das Land Brandenburg gewährt auch im Jahr 2015 Zuwendungen für Familienferienreisen, um Familien und insbesondere Alleinerziehenden mit geringem Einkommen einen Urlaub zu ermöglichen. Die Beantragung erfolgt beim Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus (LASV).

Die Anträge sind direkt an das

*Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg
Dezernat 53
Lipezker Str. 45 , 03048 Cottbus
Tel.: 0355 2893- 853*

zu richten.

[Antrag Familienferienreise](#)
[Merkblatt](#)



Familienpolitisches Gespräch im Brandenburger Landtag

Der Familienbund und die anderen Familienverbände trafen sich am 11.02.2015 zum familienpolitischem Gespräch in der Landeshauptstadt mit den familienpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen. Im ersten Treffen nach der Landtagswahl stand der gegenseitige Austausch im Mittelpunkt der Gespräche.



Der besondere Link

www.elternklagen.de



Kein Geld für Familien!

Familienbund der Katholiken von geplanter Kindergelderhöhung enttäuscht

Der Familienbund der Katholiken hat die bekannt gewordenen Pläne für eine Kindergelderhöhung als ungenügend und enttäuschend kritisiert. „Die geplante Erhöhung des Kindergeldes von vier und im nächsten Jahr zwei Euro bleibt deutlich hinter den Erwartungen der Familien und den Versprechungen der Regierungsparteien zurück. Insbesondere Familien mit kleineren Einkommen hätten in Anbetracht der guten Steuerentwicklung jetzt spürbar entlastet werden können“ sagte Stefan Becker, Präsident des Familienbundes der Katholiken. In keiner Weise nachvollziehbar ist es, dass die bereits 2014 fällige Anpassung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes nicht mehr nachgeholt werden soll. „Die Erhöhung des Kindergeldes ist kein Geschenk für Familien, sondern verfassungsrechtlich zwingend geboten, wie die Bundesregierung selbst unlängst in ihrem Bericht über das steuerfrei zu stellende Existenzminimum festgestellt hat. Es darf nicht sein, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble seinen Haushalt ausgerechnet auf dem Rücken der Familien ausgleichen will“, sagte Stefan Becker.

Die geplante Erhöhung des Kinderzuschlages für Geringverdiener sei gut und richtig, muss allerdings sofort und nicht erst Mitte kommenden Jahres erfolgen. Als überfällig bezeichnete Stefan Becker eine Erhöhung des Freibetrages für Alleinerziehende. Dieser sei seit zehn Jahren nicht erhöht worden, eine Anpassung dürfe nicht wieder verschoben werden. Der Familienbund fordert grundsätzlich die Anhebung des Kinderfreibetrages auf das Niveau der Erwachsenen und die entsprechende Erhöhung des Kindergeldes. „Familien sichern die Zukunft unserer Gesellschaft! Bei ihnen zu sparen, wäre das falsche Signal“, so Stefan Becker.



Impressum

Familienbund der Katholiken
im Erzbistum Berlin
Reinhardtstrasse 13
10117 Berlin

Telefon: (030) 326 756 15
Fax: (030) 326 756 20
E-Mail: berlin-brandenburg@familienbund.org
Web: www.familienbund-berlin-brandenburg.de

Verantwortlich gemäß § 5 Absatz 1 TMG/ § 55 II RStV: Matthias Milke

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt der Familienbund der Katholiken Berlin-Brandenburg e.V. keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.